# Acht Bundesländer bieten islamischen Religionsunterricht an

25. August 2016

Bonn (KNA) Die Hälfte der 16 Bundesländer bietet im neuen Schuljahr 2016/2017 islamischen Religionsunterricht an. Laut einer Umfrage der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) und Recherchen der „Welt“ (Mittwoch) gibt es einen solchen bekenntnisorientierten Unterricht unter staatlicher Aufsicht in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Hinzu kommen Bayern und Schleswig-Holstein mit einem Islamischen Unterricht beziehungsweise einem Islamkundlichen Unterricht, der dem in den anderen genannten Ländern praktizierten Modell nahe kommt. Erreicht wurden durch diese Angebote im vergangenen Schuljahr schätzungsweise rund 37.500 Schüler. Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen lag bei den absoluten Zahlen mit 13.700 Schülern vorn und will im nun angelaufenen Schuljahr 2016/2017 rund 16.100 Schüler erreichen – von 364.000 muslimischen Mädchen und Jungen, die zwischen Rhein und Ruhr eine Schule besuchen. Am untersten Ende in diesem Ranking liegt das Saarland, wo in einem im vergangenen Schuljahr gestarteten Modellversuch 60 Schüler islamischen Religionsunterricht erhielten. Dort sowie in Hessen und in Rheinland-Pfalz gibt es außerdem alevitischen Religionsunterricht. In den acht Bundesländern ohne einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht ergibt sich kein einheitliches Bild. In Berlin organisiert die Islamische Föderation einen Islamunterricht, an dem laut Angaben der „Welt“ rund 5.000 Schüler teilnehmen. Dort sowie in Brandenburg und Bremen ist Religionsunterricht allerdings kein ordentliches Lehrfach und untersteht nicht der staatlichen Schulaufsicht. In Hamburg gibt es einen „Religionsunterricht für alle“, ein ähnliches Angebot existiert in Bremen. Keinen Islamischen Religionsunterricht gibt es derzeit in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Aus dem Thüringer Bildungsministerium hieß es auf Anfrage der KNA, ein Bedarf für islamischen Religionsunterricht sei „bisher nicht angemeldet worden“. Laut „Welt“ liegt das daran, dass die ostdeutschen Bundesländer mit Ausnahme von Berlin nur einen sehr geringen Anteil an muslimischen Schülern haben. Vom islamischen Religionsunterricht zu unterscheiden sind Angebote wie Islamkunde – die oft im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts erteilt wird – oder der Ethikunterricht. Beides ist nicht in die Statistik eingeflossen. Zur Gesamtzahl muslimischer Schüler in Deutschland liegen dem Statistischen Bundesamt keine Angaben vor, wie die Behörde in Wiesbaden der KNA mitteilte.

(KNA – qksmn-89-00137)

Stand: 17. November 2026